Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.80, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 6spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unserm Strich" (eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Feiertagen 30 Pf. (für Familiennachrichten 2c.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: **Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.**

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Dr. Pfund's **Milch-Seife** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund. Dresden.

Reine alte Kornbranntweine
(Spezialität).
ff. alter 1860er Korn
in Originalflaschen.
Dresdner Presshefen- und **Kornspiritus-Fabrik**
sonst **J. L. Bramsch.**
Friedrichstrasse 52, Wilsdruffer Strasse 35.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Familien- Handwerker- Strohhut-Nähmaschinen
H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik.
Verkauf in der Fabrik: **Dresden,** Chemnitzerstrasse 26, und Waisenhausstrasse 5. Striesenerstrasse 18.

Reise-Hüte in neuesten Modellen
Strand-Hüte empfiehlt das Putz- und Modewaarenhaus
C. Heinrich Barthel, Waisenhausstr. 30.
Eigenes Fabrikat.
Fernsprecher 3390.

Nr. 203. Spiegel: Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. Hofnachrichten. Regierungsjubiläum. Otto Ribbeck. Vogelwiese. „Volkswohl". Gerichtsverhandlungen. A. v. Werner und moderne Richtung.

Wahrscheinliche Witterung: Warm, trocken, Gewitterluft

Sonnabend, 24. Juli.

Für die Monate August und September

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Politisches.

Wenn heute im preußischen Abgeordnetenhaus die Vereinsgesetznovelle zu Fall gebracht und die Regierung dadurch für die nächste Zeit der Möglichkeit beraubt wird — zum großen Theil allerdings infolge ihres eigenen fehlerhaften Verhaltens —, den sozialrevolutionären Ausschreitungen in Schrift und Wort mit schärferen Waffen zu Leibe zu gehen, so wird die naturgemäße Folge dieser Entwickelung zunächst die sein, daß die nationale öffentliche Meinung ihre ganze Hoffnung auf eine unerbittlich strasse Handhabung der bestehenden Gesetze gegenüber der Sozialdemokratie richtet. Selbstverständlich kann ein solches Aushilfsmittel niemals die durchschlagende Wirksamkeit besonderer ausdrücklich auf die revolutionären Umtriebe zugeschnittener gesetzlicher Bestimmungen ausüben. Immerhin läßt sich aber auch auf diesem Wege Mancherlei erreichen, um den sozialdemokratischen Uebermuth wenigstens einigermaßen einzudämmen und den Hetzern begreiflich zu machen, daß die bestehenden Gesetze den Zweck haben, die bürgerliche Gesellschaft vor dem revolutionären Terrorismus zu schützen, nicht aber dazu da sind, um der Propaganda des Umsturzes Vorschub zu leisten. Eine Andeutung nach der bezeichneten Richtung enthält der Satz in der Bielefelder Rede des Kaisers: „Strenge Bestrafung Denjenigen, die es unternehmen, Andere an freiwilliger Arbeit zu hindern." Daß jener Ausspruch nicht so aufgefaßt werden darf, als ob er eine autoritative Anweisung an die Gerichte für ihre künftig zu beobachtende Spruchpraxis enthielte, braucht kaum erst betont zu werden. Unsere Gerichte sind vollkommen unabhängig. Wohl aber kommt in den kaiserlichen Worten die Feststellung einer spruchgerichtlichen Entwickelung zum Ausdruck, die sich bereits seit längerer Zeit freiwillig vollzogen hat und sich unter dem Druck der Verhältnisse auch noch weiter vollziehen wird im Interesse der nachdrücklichen Zurückweisung der sozialdemokratischen Hetzarbeit bei Ausständen. Die Gerichte bekunden nämlich das im Ordnungsinteresse überaus angebrachte Bestreben, bei dem Ausmaß der Strafen wegen gewaltsamen Verhinderns der Arbeit nichtfeiernder Arbeiter von Seiten ihrer streikenden Kollegen möglichst an die obere Grenze hinaufzugehen. Ein weiterer neuerdings gemachter Fortschritt auf diesem Gebiete ist die Bestrafung der sogenannten „Streikposten" wegen groben Unfugs. Auf Grund des Unfugsparagraphen läßt sich allerdings nur eine verhältnißmäßig wenig durchgreifende Strafe auswerfen. Immerhin zeigt aber die maßlose Entrüstung, in die die sozialdemokratische Presse durch dieses Vorgehen der Gerichte gerathen ist, daß das Schwert der Gerechtigkeit an jenem Punkte eine Achillesferse der Sozialdemokratie getroffen hat.

Ein ferneres Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie von nicht zu unterschätzender Tragweite ist die freiwillige Organisation der Arbeitgeber. Organisation ist ja überhaupt das Zauberwort unserer Tage und gerade der Umstand, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung des organisirten Vorgehens ganz und voll begriffen hat, verleiht ihr den Hauptantheil ihrer Lebenskraft. Muß daher jeder vernünftige, zielbewußte staatliche Kampf gegen den Umsturz in erster Linie auf die Zerstörung seiner Organisation gerichtet sein, so dürfen auch die Arbeitgeber selbst die Hände nicht in den Schooß legen, sondern müssen sich in ihrem ureigensten Interesse zu geschlossenem gemeinsamem Widerstand gegen den revolutionären Feind verbinden. Nur durch eine planmäßige Organisation der Arbeitgeber kann den fortwährenden frivolen Streiks ein Paroli geboten werden. Schon bei mehrfachen Gelegenheiten hat sich die sieghafte Kraft eines festen Zusammenschlusses der Arbeitgeber bewährt. Es sei in dieser Beziehung nur an den großen Hamburger Ausstand vom Jahre 1890, durch den der Maifeiertag gewaltsam erzwungen werden sollte, und an den letzten Hamburger Hafenarbeiterausstand erinnert. Das waren aber doch alles nur vorübergehende Vereinigungen, die wieder auseinanderfielen, sobald ihr jeweiliger einmaliger Zweck erreicht war. Was bislang immer noch fehlt, ist eine dauernde Organisation aller Arbeitgeber zur Bekämpfung der nachgerade in's Ungemessene gesteigerten Verführung und Aufreizung, der die Arbeiterschaft durch die berufsmäßigen Streikhetzer ausgesetzt ist.

Es ist noch unvergessen, mit welcher Entschiedenheit im Dezember vorigen Jahres Kaiser Wilhelm auf einem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler sich für eine allgemeine Koalirung der Arbeitgeber in dem hier erörterten Sinne ausgesprochen hat. Seitdem hat in der Oeffentlichkeit leider so gut wie nichts mehr über die Angelegenheit verlautet, bis neuerdings ein Berliner Blatt die Erörterung des Gegenstands wieder in Fluß gebracht hat. Die Streikfestetzungen der Umsturzpropagandisten, heißt es in dem kräftigen Artikel, der eingehende Beachtung und Würdigung verdient, sind nachgerade zu einer öffentlichen Kalamität geworden. Wenn wir es auch nicht würden billigen wollen, durch Beschränkung oder gar Aufhebung der Koalitionsfreiheit die Arbeiter an der ihnen gut dünkenden Geltendmachung ihrer oft mehr vermeintlichen als wahren Interessen zu hindern, so können wir doch andererseits nicht umhin, die gegenwärtig in den Kreisen der Arbeitgeber sichtlich an Boden gewinnenden Bestrebungen, durch Zusammenschluß der gleichen und gleichartigen Gewerbe der steigenden Streikfluth einen festen Damm zu ziehen, mit Genugthuung zu begrüßen. Unzählige Male hat man aus dem Munde sozialdemokratischer Volksaufwiegler hören, in sozialdemokratischen Broschüren lesen können: Proletarier aller Länder, organisirt Euch! In die Organisation verlegt das Programm der Sozialdemokratie den Schwer- und Angelpunkt ihres ganzen propagandistischen Feldzugs. Wenn die Arbeitgeber sich bis jetzt nicht entschließen mochten, von der Kampforganisation einen gleichen Gebrauch zu machen, so wird man die Ursache dafür wohl am treffendsten in der Abneigung der Arbeitgeber erkennen, den Arbeitern, die mehr weil sie irregeführt sind als aus bösem Willen sich von den sozialdemokratischen Führern zu Streiks kommandiren lassen, feindlich gegenüber zu treten. Auch die Hoffnung, daß die Leute endlich durch Schaden klug werden möchten, trägt viel dazu bei, daß die Arbeitgeber, so lange es irgend angeht, sich auf passive Abwehr beschränkten. Allein der wachsende Uebermuth der staatsfeindlichen Richtungen läßt den Arbeitgebern keine Wahl mehr. Der große Hamburger Hafenstreik hat in dankenswerther Weise bewirkt, daß vielen vertrauensseligen Leuten die Augen geöffnet wurden. Jener Streik war von der Sozialdemokratie auf eine Machtfrage angelegt. Der Ausgang des Kampfes zeigte, daß die Arbeitgeber, wenn sie einmüthig zusammenhalten, stark genug sind, um der Sozialdemokratie gegenüber das Feld behaupten zu können. Diese Erfahrung ist an und für sich werthvoll. Sie ist es doppelt in gegenwärtiger Zeit, wo die Reichstagswahlen des nächsten Jahres allen staats- und monarchentreuen deutschen Männern die patriotische Pflicht auferlegen, den sozialdemokratischen Hetzern ad oculos zu demonstriren, daß im Deutschen Reiche noch für andere Gesinnungen und Parteien Raum ist, als der Terrorismus der Umsturzelemente die Welt glauben machen möchte.

Im Mißbrauch aller volksfreundlichen Institutionen hat sich die Sozialdemokratie als Meisterin erwiesen. Das offenbart sich auch jetzt wieder. Man darf sagen, daß sämmtliche schwebenden und noch geplanten Streiks einen lediglich agitatorischen Zweck verfolgen, der darin besteht, die Arbeiterbataillone auf die kommende Wahlcampagne einzuexerziren. Die jetzt im Zuge begriffenen Organisationen der Arbeitgeber zur Abwehr der überhandnehmenden Streiks charakterisiren sich daher als ein Ausfluß zwingender Nothwendigkeit, wenn anders das deutsche Gewerbsleben sich nicht auf Gnade und Ungnade der Willkür unverantwortlicher, hinter den Coulissen regierender sozialdemokratischer Macher ausgeliefert sehen will. Erfolg allerdings verspricht sich die „B. B.-Ztg." von der Maßregel nur, wenn es gelingt, die Allgemeinheit der Arbeitgeber dafür zu interessiren. Das Vorgehen einzelner Branchen ist freilich immerhin verdienstlich genug und wird hoffentlich bahnbrechend und Schule machend wirken. Wir halten es auch in diesem Falle, schreibt das genannte Blatt, mit dem ehrlichen Kampfe, der sich nicht Selbstzweck ist, sondern einen Friedensschluß auf Grundlage des Rechts und der Billigkeit anstrebt. Eben deshalb aber ist es nöthig, daß zunächst der Kampf mit solchem Nachdruck geführt werde, daß auch dem fanatischsten „Genossen" die Neigung vergehe, sich aus bloßem Uebermuth in Ausstände zu stürzen, für deren Kosten hinterher er selber sammt allen Streiktheilnehmern aufzukommen hat. Je eher und allgemeiner die deutschen Arbeitgeber, von ihrem guten Rechte der Nothwehr Gebrauch machend, sich zu Organisationen gegenüber den geplanten Massenstreiks zusammenthun, desto sicherer und vollständiger wird ihr Erfolg sein.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Juli.

* **Berlin.** Der Aufsichtsrath der Deutschen Bank beschloß, in der demnächst einzuberufenden Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Millionen Mark vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen zur Erwerbung von Aktien der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins dienen.

* **Mailand.** In dem Como-Bank-Prozeß macht die Aussage des Angeklagten Luraphi Sensation. Der Massenverwalter bestätigt, daß die Summe, welche der verhaftete Exdirektor der Creditanstalt zu Bologna und der Bank von Neapel aus der verkrachten Como-Bank eskomptirt hatte, größtentheils in die Hände Crispi's gelangte.

* **Sevilla.** In dem Vorzimmer einer Schule wurde unter einem Strohhaufen eine Anzahl Kisten mit 26 Kinderleichen, theils verwest, gefunden. Der Unterrichtsdiener und dessen Frau sind verdächtig.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm heute das Handelskammergesetz nach den Beschlüssen des Herrenhauses an. Das Herrenhaus hat insbesondere die Bestimmung gestrichen, wonach die Wahlen zur Handelskammer durch geheime Abstimmung erfolgen sollen. Für die Beschlüsse des Herrenhauses sprachen im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes Handelsminister Brefeld, sowie die Abgg. Gamp (freikons.), v. Bodenhausen (kons.), Reichardt (nat.-lib.) und Eckels (nat.-lib.), während die Abgg. Rickert, Gothein (Freis. Ver.) und Stephan-Beuthen (Centr.) geheime Wahlen verlangten. Abg. Rickert brachte den Antrag des Bundes der Landwirthe auf zeitweiliges Verbot der Getreideeinfuhr zur Sprache und warf wegen desselben den Agrariern Mangel an Patriotismus vor. Minister Dr. v. Miquel: Ob der Herr Reichskanzler auf die Eingabe des Bundes der Landwirthe offiziell überhaupt antworten wird, weiß ich nicht. Es kommt ja oft vor, daß von Privatpersonen bei dem Reichskanzler Anträge eingehen, in diesem oder jenem Sinne einen Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben; sollten alle diese Gesuche beantwortet werden, so würde sich daraus eine umfangreiche Korrespondenz entwickeln. Wohin sollte das führen? Er glaube, der Reichskanzler werde erklären müssen, daß die Handelsverträge die Genehmigung des Antrags vollständig ausschlössen. Er könne der Bitte Rickert's, den Antrag der Landwirthe als „Unfug" zu erklären, nicht nachgeben, denn die Regierung verfolge eine Politik der Sammlung und der Ausgleichung der Gegensätze, und da können sie nicht dazu übergehen, durch ein Vorgehen, wie es Abg. Rickert wünscht, die bestehenden Gegensätze noch zu verschärfen. Abg. Gamp fordert den Landwirthschaftsminister auf, die Angriffe auf die Landwirthschaft in den Handelskammerberichten zurückzuweisen. Das Verhalten eines großen Theiles des Handelsstandes sei revolutionärer als das irgend einer anderen Partei. Abg. Gothein erwiderte, die Angriffe richteten sich nicht gegen die Landwirthschaft, sondern nur gegen ein bestimmtes Treiben der Agrarier. Abg. Dr. Hahn (nat.-lib.) rechtfertigt den Antrag des Bundes mit der Schädigung der Landwirthschaft durch den Handel und der Nichtausführung des Börsengesetzes. Minister Brefeld meint, daß das Börsengesetz zwar nicht ausgeführt worden sei, die Regierung könne aber Niemand zwingen, die Börse zu besuchen, wie sie auch Niemand zwingen könne, sich in den Börsenvorstand wählen zu lassen, wenn er nicht gewählt sein wolle. Abg. Dr. Hahn fragt, inwieweit denn das Börsengesetz sich als undurchführbar erwiesen habe. Seine Freunde legten viel Werth darauf, das zu erfahren, um nöthigenfalls durch ein Ergänzungsgesetz dem Reichstage Abhilfe zu schaffen. Ferner wurde der Bericht der verstärkten Budgetkommission über die Denkschrift betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse zur Kenntniß genommen, nachdem Minister v. Miquel noch erklärt hatte, daß die Regierung nach wie vor an dem Grundsatze festhalte, die Gelder nicht a fond perdu, sondern gegen eine mäßige Rente zu geben; auch solle bei Errichtung großer Werkstätten der Bau von Arbeiterwohnungen stets aus den Betriebsfonds der Werkstätten erfolgen. Der Antrag des Abg. Euler (Centr.) wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Heute Abend: Petitionen, morgen: Vereinsgesetz.

Berlin. Für die hagelgeschädigten Gemeinden des Elsaß hat der Kaiser 10,000 M. gespendet. — Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz fährt am Sonntag aus England nach Neustrelitz zurück, während die Großherzogin sich von Berlin aus direkt nach dem Keppichlosz bei Dresden begiebt, um dort ihren gewohnten Sommeraufenthalt zu nehmen. — Wie verlautet, ist zum Nachfolger des kaiserl. Botschafters in Washington, des Freiherrn v. Thielmann, der derzeitige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. Rotenhan ausersehen. — Der Polizeipräsident von Wiesbaden Prinz von Ratibor erhielt das Komthurkreuz 1. Klasse des Sächs. Albrechtsordens, der Gerichtsassessor a. D. Dr. Borchardt das Offizierkreuz des Sächs. Albrechtsordens. — Die erste allgemeine Petition an den neuen Generalpostmeister v. Podbielski wird seitens der Fernsprechtheilnehmer bezüglich der Benutzung des Telephons bei eintretender Gewitterneigung eingereicht. Zahlreiche Störungen, welche in den letzten Tagen durch die häufigen Gewitter im Fernsprechverkehr verursacht wurden, haben die Petition veranlaßt. Dieselbe geht dahin, daß künftig bei eintretender Gewitterneigung seitens sämmtlicher Fernsprechämter die Abstellung des Telephons sowie die Wiederherstellung nach einem Gewitter durch ein längeres Glockensignal bekannt gegeben wird.

Berlin. Die Ausfuhr an Getreide von Rußland nach dem Deutschen Reich betrug per 1000 Doppelcentner in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März ds. Js. an Weizen 1310 (gegen 1770 in demselben Zeitraum des Vorjahres), Roggen 878 (gegen 1423), Hafer 808 (gegen 372), Gerste 727 (gegen 830). — Nach einer Zusammenstellung des Kaiserl. Statistischen Amtes stellt sich der Stand der Saaten im Deutschen Reiche im Juni wie folgt: Winterweizen 2,3, Sommerweizen 2,7, Winterroggen 2,4, Sommerroggen 2,7, Gerste 2,7, Hafer 3, Kartoffeln 2,7, Klee 2,6, Wiesen 2,2. Speziell für Sachsen stellen sich die Ziffern wie folgt: Winterweizen 1,8, Sommerweizen 2,3, Winterroggen 1,9, Sommerroggen 2,4, Gerste 2,3, Hafer 2,7, Kartoffeln 2,7, Klee 2,8, Wiesen 3. — Der „Sozialist" veröffentlicht den Beschluß der Strafkammer V in Sachen der Voruntersuchung wegen Meineids gegen Wagner-Koschemann. Es geht daraus hervor, daß die beiden Verdächtigen mangels völlig ausreichender Beweise außer Verfolgung gesetzt sind. — Der frühere diplomatische Mitarbeiter des „Berl. Tgbl." Gingolf Staerk, der nach Amerika gegangen ist, gedenkt Enthüllungen zu machen. In Berlin hinterließ er nicht weniger als 14 Bräute.

Hamburg. Heute früh kenterte auf der Elbe die einer Hamburger Maschinenfabrik gehörige Barkasse mit 45 Arbeitern; 29 derselben wurden gerettet, während 6 davon ertranken. — Der koreanische Konsul in Hamburg erhielt aus London die Nachricht, daß die zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach London entsandte außerordentliche koreanische Gesandtschaft auf die beabsichtigte Bereisung des Kontinents und auf den Besuch von Wien, Berlin und Petersburg verzichtet und schon am vergangenen Sonnabend die Rückreise direkt von London nach Korea angetreten hat.

Kattowitz. Die Streikenden nehmen eine bedrohliche Haltung an. Die Gendarmen wurden mit Steinen beworfen und mußten von der Klinge Gebrauch machen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Sämmtliche Schanklokale in Janow, Rosdzin und Wilhelminenhütte wurden vom Landrath geschlossen. Die Ausständigen sind meist jüngere Schlepper, die älteren Häuer sind größtentheils eingefahren.

Grünberg i. Schles. In der Ortschaft Belanbin entstand eine mächtige Feuersbrunst, verursacht durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten. Sechs Besitzungen mit 15 Gebäuden wurden eingeäschert. Die meisten Besitzer haben nicht versichert.

Wien. Die christlich-sozialen Abgeordneten beschlossen eine Kundgebung, worin die Beschränkung der freien Meinungsäußerung über die Sprachenverordnungen, insbesondere das Verbot des Egerer Volkstages, verurtheilt und die gesetzliche Regelung der Sprachenfrage unter Rücksichtnahme auf die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes verlangt wird. Die Kundgebung wendet sich schließlich gegen die Umtriebe einzelner Klerikaler, der Juden-Liberalen und der mit diesen verbündeten Schönererianer.

Pest. Die gesammte Ernte in Marczfalva und Szepes-Bela wurde durch ein Gewitter mit Hagelschlag verbunden, welches gestern in den Abendstunden über das ganze Zipser Komitat niedergegangen ist, vernichtet.

Paris. Nach hier aus Konstantinopel eingegangenen Nachrichten ist zwischen den Botschaftern und Edhem Pascha über den Wortlaut der Klausel der Friedenspräliminarien betreffs der Grenzregulirung ein Einvernehmen erzielt worden. Die Türkei nimmt die von den Militär-Attachés der Mächte vorgeschlagene Grenzlinie mit einigen unbedeutenden Abänderungen technischer

Friedrich & Glöckner str. 15, Schäferstr. 12, Bautzenerstr. 27b, Pieschen und Löbtau. Oellarben, Lacke, Firnisse, Fussboden-Schnellstreicher, Zwinger-trocken-Farben.